

Eckerle, Konrad

Article — Digitized Version

## Die mittelfristige Entwicklung von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften: Arbeitsmarkt

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Eckerle, Konrad (1978) : Die mittelfristige Entwicklung von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften: Arbeitsmarkt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 7, pp. 363-366

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135213>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Die mittelfristige Entwicklung von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften

Konrad Eckerle, Basel

Seit 1975 hat die Bundesrepublik eine anhaltend hohe Arbeitslosenquote, und fast alle derzeit angebotenen Mittelfristprognosen deuten darauf hin, daß das Ausmaß an Arbeitslosigkeit bis Mitte oder Ende der achtziger Jahre zumindest anhalten, vermutlich aber sogar zunehmen wird, wenn sich keine besser als bisher greifenden Maßnahmen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung finden lassen. Für den Realitätsgehalt dieser pessimistischen Prognosen lassen sich – wie der folgende Beitrag zeigt – eine Reihe von Gründen aufzählen.

Wenn sich auch wie in anderen Märkten die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze im Spannungsfeld zwischen Angebot und Nachfrage vollzieht, ist es unumgänglich, Angebots- und Nachfrageseite *getrennt* zu analysieren, da es bisher keine überzeugende Theorie gibt, die einigermaßen eindeutige Aussagen über die Art des Ausgleichs zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt zuißt<sup>1)</sup>.

## Entwicklung des Arbeitskräfteangebots

Komponenten der Entwicklung des Angebotspotentials sind

- die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (ohne Wanderung),
- die altersspezifischen Erwerbsquoten,
- das für das Inland zu mobilisierende Angebotspotential an Gastarbeitern.

Prognostisch am unproblematischsten von den drei Komponenten ist die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter versteht man die 15–64jährigen. Deren Veränderung ist für die nächsten 15 Jahre weitgehend determiniert. Sie wird ledig-

<sup>1)</sup> Dies wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß nationale Ungleichgewichte ihre Ursache in regionalen oder qualifikationsstrukturbedingten Ungleichgewichten haben, über deren Ausgleich man bisher wenig Gesichertes weiß.

lich durch die Sterberaten beeinflusst, die sich in diesen Altersgruppen nur geringfügig verändern. Dieser Zeithorizont weitet sich mit sinkenden Erwerbsquoten der 15–19jährigen allmählich bis auf 20 Jahre aus. Schwankungen dieser Komponente sind auf mittlere Sicht also allein durch Änderungen der Altersstruktur der bereits bestehenden Bevölkerung bestimmt. Erst darüber hinaus wirken sich die zur Zeit recht unsicher zu beurteilenden Geburtenraten der Zukunft aus.

Tabelle 1 zeigt, daß aufgrund der Verschiebungen in der Altersstruktur die Erwerbsbevölkerung bis 1990 um rund 1,6 Mill. gegenüber 1974 zunehmen wird. Diese Zunahme wird primär durch die Entwicklung der männlichen Bevölkerung getragen, mit entsprechenden Konsequenzen für das Arbeitskräfteangebot, wenn man sich die gegenüber den Frauen weitaus höhere Erwerbsbeteiligung der Männer vergegenwärtigt. Auffällig ist auch der in Zukunft stark wachsende Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung, während beide sich in den sechziger und ersten siebziger Jahren eher parallel entwickelten.

**Tabelle 1**  
**Bevölkerung der Altersklasse 15–64**  
(in Mill.)

Jahr	männlich	weiblich	zusammen	in % der Gesamtbevölker.
1961	17,7	20,1	37,7	67,2
1970	18,6	20,0	38,6	63,6
1974	19,4	20,3	39,8	64,1
1990 <sup>1)</sup>	21,0	20,4	41,4	69,6

<sup>1)</sup> Ohne Wanderungen gegenüber 1974, aber inklusive Ausländer, die 1974 schon in der Bundesrepublik waren, und deren Kinder.

*Konrad Eckerle, 33, Dipl.-Volkswirt, ist Projektleiter in der Abteilung „Wirtschaftspolitische Beratung“ der Prognos AG.*

Die Schätzung der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten als zweite Komponente des Angebotspotentials weist einen größeren Unsicherheitsbereich auf. Dies gilt vornehmlich für das Erwerbsverhalten der Frauen, dessen Veränderung einer Vielzahl gesellschaftlicher und ökonomischer Einflüsse unterliegt, die sich ihrerseits wieder im Zeitablauf in ihrer jeweiligen Bedeutung verändern. Dennoch lassen sich aus den Beobachtungen der Vergangenheit die wesentlichen Grundtendenzen der künftigen Entwicklung ableiten:

weiterer, wenn auch abgeschwächter Rückgang der Erwerbsquoten der 15–24jährigen bei Männern und Frauen aufgrund zunehmender Verweildauer im außerbetrieblichen Bildungswesen (Lehrlinge gelten als erwerbstätig); die Gründe dafür liegen in der weiterhin steigenden Bildungsbereitschaft in Verbindung mit den wachsenden Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte und im Zusammenhang mit der schlechten Arbeitssituation;

wegen der flexiblen Altersgrenze gehen die Erwerbsquoten der über 60jährigen Männer und Frauen zurück;

wegen des „emanzipatorischen Trends“ im Zusammenhang mit verbesserter Berufsausbildung der Frauen und geringen Geburtenraten steigen die Erwerbsquoten der 25–59jährigen Frauen weiterhin an; bei den Männern bleiben dagegen die Erwerbsquoten in dieser Altersklasse weitgehend konstant.

Die diesen Thesen zugrunde liegenden Analysen unter Berücksichtigung der Zielvorstellungen im Bildungsgesamtplan einerseits und der Abschätzung der Auswirkung der flexiblen Altersgrenze andererseits ergeben für 1990 folgende Erwerbsquoten (im Vergleich zu 1961 und 1974):

**Tabelle 2**  
**Alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten**  
(in %)

Altersgruppe	1961		1974		1990	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.
15–19 Jahre	81	78	54	50	38	36
20–24 Jahre	91	72	81	65	70	62
25–29 Jahre	96	51	90	54	88	55
30–34 Jahre	98	45	97	48	96	50
35–39 Jahre	98	46	97	48	98	51
40–44 Jahre	97	45	97	49	97	51
45–49 Jahre	96	42	96	49	96	50
50–54 Jahre	94	38	93	46	93	48
55–59 Jahre	89	33	85	36	84	38
60–64 Jahre	72	21	61	17	51	12
65 Jahre u. mehr	22	8	13	5	7	3

Die Prognose der Gastarbeiterwanderungen – ohnehin die unsicherste Komponente der Erwerbs-

personenschätzung – wird durch den Trendumbruch seit 1974 zusätzlich erschwert. Die hierbei zu beachtenden Wirkungszusammenhänge sind außerordentlich vielschichtig und dem analytischen Kalkül kaum zugänglich, so daß Schätzungen mehr oder minder stark von der subjektiven Gewichtung der einzelnen Determinanten geprägt sind.

Für weitere Zuwanderungen sprechen folgende Überlegungen:

die grundsätzliche Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft;

der vergleichsweise – im europäischen Rahmen – hohe Stand der sozialen Sicherung und Versorgung;

die im europäischen Vergleich nach wie vor niedrige Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik;

die Tendenz bei Gastarbeitern, jegliche Arbeit zu übernehmen, während deutsche Arbeitnehmer trotz hoher Arbeitslosigkeit bisher nicht bereit waren, unattraktive und gleichzeitig schlecht bezahlte Tätigkeiten auszuüben.

Für eine Fortsetzung der Abwanderungen sind folgende Argumente anzuführen:

die starke Zunahme des inländischen Erwerbspersonenangebots, vor allem in den jungen Jahrgängen mit durchschnittlich besserer Ausbildung. Da der Strukturwandel in der Wirtschaft einen steigenden Bedarf an höher Qualifizierten mit sich bringt, haben diese bessere Chancen, einen Arbeitsplatz zu bekommen;

der sich verstärkende politische Druck von innen, wenn die Arbeitslosenrate für Deutsche längere Zeit über dem bisher gewohnten Stand bleibt.

Zusammengefaßt läßt dies den Schluß zu, daß sich, ausgehend vom jüngsten Stand, die Zahl der Gastarbeiter nicht wesentlich verändern wird. Setzt man diese mit rd. 2,5 Mill. an, so ergibt das zwischen 1974 und 1990 bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Altersstruktureffekt und Änderung des Erwerbsverhaltens eine Zunahme des Arbeitskräfteangebots um etwa 500 000 auf ca. 27,3 Mill. (Tabelle 3).

**Tabelle 3**  
**Erwerbspersonen nach Alter und Geschlecht**

Erwerbspersonen	1961	1970	1974	1990 1)
männlich (in Mill.)	16,9	17,0	17,1	17,7
weiblich (in Mill.)	9,9	9,5	9,7	9,6
insgesamt (in Mill.)	26,8	26,5	26,8	27,3
in % der Bevölkerung	47,8	43,7	43,2	45,9
ohne Gastarbeiter (in Mill.)	26,3	24,7	24,1	24,8

1) Ohne Wanderungen gegenüber 1974, aber inklusive Ausländer, die 1974 schon in der Bundesrepublik waren, und deren Kinder.

Wichtige Anhaltspunkte für die mittelfristige Arbeitskräftenachfrage ergeben sich aus der Analyse der Rahmenbedingungen der *Nachfrage nach Gütern der inländischen Produktion*. Von diesen haben sich einige bereits früher absehbar und allmählich, andere aber ziemlich abrupt und heftig geändert. Weil einige dieser Rahmenbedingungen erst seit einigen Jahren wirksam sind und sich deshalb in ihrem Einfluß erst nach und nach genauer abschätzen lassen, ist auch heute noch mit relativ großen Fehlerspielräumen zu rechnen, mit der Notwendigkeit kurzfristiger Revisionen der Mittelfristprognosen.

### Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage

Die veränderten Rahmenbedingungen sind bekannt. Wir beschränken uns auf eine kurze, stichwortartige Aufzählung:

- das veränderte generative Verhalten: Rückgang der Geburtenziffern mit der Folge sinkender Bevölkerung um etwa 0,5 % p. a. statt des bisherigen Anstiegs um 1 % p. a.;
- partielle Sättigungstendenzen bei der Nachfrage nach wichtigen dauerhaften Konsumgütern;
- Korrektur der Wechselkurse, die seit Mitte 1973 voll wirksam ist;
- wachsende Marktmacht der Rohstoffländer;
- zunehmende Bedeutung der Umweltschutzpolitik, zwingend geworden durch wachsende Sensibilisierung der Bevölkerung durch Umweltbeeinträchtigung.

Die Auswirkungen der beiden ersten Einflußkomplexe auf die inländische Nachfrage werden sich grob in folgenden Entwicklungen niederschlagen:

- abgeflachtes Wachstum der Nachfrage nach Konsumgütern aufgrund rückläufiger bzw. stagnierender Zahl der Bedarfsträger (Bevölkerung, Privathaushalte und/oder langsamer bzw. nicht mehr steigender Bestandsdichte (geringer Neubedarf));
- innerhalb des privaten Konsums Umschichtungen zugunsten der Dienstleistungen und zu Lasten der materiellen Güter bei steigendem Lebensstandard;
- geringeres Wachstum des Staatsverbrauchs aufgrund rückläufiger Bevölkerungszahlen und angespannter Haushaltssituation;
- bei öffentlichen Investitionen in vielen Bereichen Rückgang der Nachfrage aufgrund hoher Versorgungsdichten bei gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang.

Diese Tendenzen werden überlagert und zum Teil verstärkt durch die Auswirkungen der übrigen drei Rahmenbedingungen auf die internationale

Arbeitsteilung und auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Die Wechselkursänderungen seit 1969, welche die Bundesrepublik ganz plötzlich in die Rolle eines Hochlohlandes gedrängt haben, verschlechtern die internationale Wettbewerbssituation solcher Branchen, deren Wettbewerbsfähigkeit vor allem preisbedingt ist, d. h. der Branchen, die überdurchschnittlich lohnintensiv sind und daneben relativ standardisierte Güter herstellen (primär also Konsumgüterindustrien); die Kombination „Marktmacht der Rohstoffländer und wachsendes Umweltbewußtsein der Industrieländer“ erhöht die Bedeutung des Standortfaktors Rohstoffnähe. Beide haben Verlagerungstendenzen einzelner Produktionsbereiche hochentwickelter Industrieländer in solche geringeren Entwicklungsniveaus und die Verschärfung der internationalen Wettbewerbsintensität zur Folge. Davon betroffen sind in erster Linie Teile der Konsumgüterindustrien wie Textil, Bekleidung, Glas, Feinkeramik (hier kompensieren weiterhin steigende Importquoten das insgesamt abgeschwächte Wachstum der inländischen Nachfrage) und Teile der Grundstoffindustrien. Die Verlagerung dürfte jedoch recht langsam verlaufen, weil Grundstoffindustrien meist hohe Ansprüche an die infrastrukturelle Versorgung stellen und eine kostengünstige Produktion hier oftmals an eine intensive Lieferverflechtung mit vor- und nachgelagerten Produktionsstufen und an eine günstige Absatznähe gebunden sind (z. B. in großen Bereichen der Chemischen Industrie, Mineralölverarbeitung, Zellstoff- und Papierversorgung). Nach wie vor günstig ist dagegen das Wachstum jener Branchen zu beurteilen, die Anlagen und Investitionsgüter herstellen, wie Stahlbau, Maschinenbau, Teile der Elektrotechnischen Industrie, Feinmechanische Industrie (Meß- und Regeltechnik), und solcher Industrien, die forschungs- und entwicklungsintensive Konsum- und Investitionsgüter herstellen (Chemie, EDV, Unterhaltungselektronik). Die Wechselkursänderung wirkt sich hier kaum aus. In diesen Branchen ist die Wettbewerbsposition der Bundesrepublik in erster Linie qualitäts- und nicht preisbedingt. Allerdings gilt es hier, gegenüber der sehr starken Konkurrenz der USA und Japans die Wettbewerbsposition zu erhalten.

### Abschwächung des Wachstums

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der angeführten Entwicklungen schlagen sich in einer beachtenswerten Reduzierung des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts nieder. Während zwischen 1965 und 1975 ein Produktionswachstum von durchschnittlich 4 % p. a. realisiert werden konnte, wird es sich bis 1990 auf durchschnittlich etwas über 3 % p. a. vermindern. Mit diesem Rückgang

des Produktionswachstums ist gleichzeitig auch eine entsprechende Abschwächung der Produktivitätsentwicklung zu erwarten, die die Auswirkungen der abgeschwächten Produktionsentwicklung auf die Beschäftigtenzahl teilweise kompensieren. Dahinter stehen folgende Überlegungen:

Die Realisierung von Skaleneffekten, die in der Vergangenheit infolge der hohen Wachstumsraten über kostengünstigere Betriebsgrößen erzielt werden konnten, wird sich in Branchen mit abgeschwächter Absatzerwartung weitaus schwieriger gestalten. Hierbei ist auch zu beachten, daß bei geringerem Produktionswachstum sich auch das Investitionswachstum und – was besonders wichtig ist – das Investitionstempo verringert und somit alte Produktionsanlagen nur verzögert durch technisch modernere Maschinen ersetzt werden.

Von Bedeutung sind auch die strukturellen Produktivitätseffekte, die sich aufgrund von Verschiebungen innerhalb der Produktionsstruktur ergeben. Produktionsbereiche mit unterdurchschnittlichem Produktivitätsniveau nehmen an Gewicht zu, andere mit überdurchschnittlichem Produktivitätsniveau verlieren an Bedeutung. Aus dieser Strukturverschiebung resultiert selbst bei gleichbleibender Produktivitätsentwicklung der einzelnen Bereiche eine Verminderung des gesamten Produktivitätswachstums.

In manchen, vor allem verfahrenstechnisch orientierten, Bereichen sind die Produktionsverfahren, die in den vergangenen Jahren einem raschen technologischen Wandel unterworfen waren, relativ schnell ausgereift. Produktivitätsfortschritte wie in der Vergangenheit werden dort nur erschwert realisierbar sein. Gleichzeitig geht die Kapitalproduktivität in den Bereichen zurück, in denen kapitalintensive Emissionsauflagen eine Rolle spielen.

Zu beachten ist fernerhin, daß in der Art der Produktivitätsmessung<sup>2)</sup> Arbeitszeitverkürzungen aufgrund tariflicher Vereinbarungen und eine Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung beispielsweise im Tertiären Bereich sich produktivitätsmindernd auswirken.

#### Beträchtliches Arbeitsplatzdefizit

Daß das Produktivitätswachstum aber nicht unter das Produktionswachstum fallen wird, ergibt sich vornehmlich aus dem Zwang heraus, einen Teil der Kostensteigerungen über Produktivitätsfortschritte aufzufangen, um bei der zu erwartenden Verschärfung der internationalen Wettbewerbsintensität trotz hohen Lohnkostendrucks konkurrenzfähig zu bleiben. Die Einflüsse der Entwicklung neuer Technologien, wie z. B. der Fortschritte in der Halbleitertechnologie (Mikroprozessoren), auf

<sup>2)</sup> Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bzw. Beschäftigten.

die Produktivitätsentwicklung der Industriezweige, die als potentielle Anwender solcher Technologien in Frage kommen, sind in dieser Projektion aufgrund der noch weitgehenden Unkenntnis über ihre wahrscheinlichen Wirkungen nicht berücksichtigt. Auf der einen Seite ist durchaus mit einem Produktivitätsschub in den betroffenen Industrien zu rechnen, auf der anderen Seite erschließen neue Technologien gleichzeitig neue Märkte und damit neue Nachfrage- und Produktionspotentiale, so daß der Nettoeffekt für die Arbeitskräftenachfrage nicht notwendigerweise negativ ist.

Aus der Division der prognostizierten Produktions- und Produktivitätszahlen ergibt sich die künftige Nachfrage nach Arbeitskräften. Gegenüber dem schon 1976 relativ niedrigen Nachfrage-niveau errechnet sich ein weiterer Rückgang um rund 50 000–100 000 auf 25 Mill. Arbeitskräfte, die sich ungefähr wie in der Tabelle 4 dargestellt auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche aufteilen dürften.

**Tabelle 4**  
**Erwerbstätige der Bundesrepublik**  
**nach Wirtschaftsbereichen**  
(in Mill.)

	1965	1976	1990
Landwirtschaft	2,9	1,8	1,0
Prod. Gewerbe	13,2	11,3	10,9
dar. Verarb. Gewerbe	10,2	9,1	8,9
Baugewerbe	2,3	1,7	1,5
Handel u. Verkehr	4,8	4,6	4,7
Dienstleistungsunternehmen	3,3	3,8	4,4
Staat u. Sozialversicherung	2,6	3,6	4,0
Alle Bereiche	26,8	25,1	25,0

Die einfache Gegenüberstellung von Arbeitskräfteangebot und Nachfrage zeigt, daß sich für die nächsten zehn Jahre in der Bundesrepublik ein nicht unbeträchtliches Arbeitsplatzdefizit auf-tut, das *tendenziell* eine Unterauslastung des verfügbaren Arbeitskräftepotentials mit über 2 Mill. Erwerbslosen erwarten läßt. Die verbreitete Meinung, daß diese Arbeitsmarktentwicklung im wesentlichen eine Folge des Ausmaßes des wahrscheinlichen Strukturwandels ist, ist jedoch nicht zwangsläufig, wie Tabelle 4 zeigt. Zumindest haben sich die Bedingungen für einen Strukturwandel gegenüber den sechziger Jahren nicht verschlechtert, wenn man berücksichtigt, daß die Landwirtschaft, die in bezug auf den Strukturwandel besondere Probleme stellt, vergleichsweise wesentlich weniger Arbeitskräfte freisetzt und Umstrukturierungen innerhalb der Industrie und zwischen Industrie und Dienstleistungen, die ohnehin mit geringeren Friktionen ablaufen, das Ausmaß des vergangenen Jahrzehnts nicht übersteigen.